Initiativantrag der SPÖ

- Zusätzliche Mittel 45 Mio. Euro
- Freigabe der Mittel bereits 2019
- Abschläge auf die Tarife für nach 2021 bzw. 2022 gereihte Projekte, keine Angabe zur Höhe der Abschläge
- Basis Marktpreise 1. Halbjahr 2019

Initiativantrag von ÖVP/FPÖ/Neos

- Zusätzliche Mittel 40 Mio. Euro
- Freigabe der Mittel erst 2020
- Abschläge auf die Tarife für nach 2021 gereihte Projekte von 10 %, für 2022 und später 12 %
- Basis Marktpreise gesamtes Jahr 2019

25./26.9. Sitzung des Nationalrates
10.10. Sitzung des Bundesrates

Die Position der IGW zu den Initiativanträgen

- Die Freigabe zusätzlicher Mittel sollte bereits 2019 erfolgen.
- Die zusätzlichen Mittel sollten den Abbau der gesamten Warteschlange, sprich Verträge für alle fertig genehmigten Projekte ermöglichen.
- Abschläge bei den Einspeisetarifen in Höhe von 10 bis 12 % sind sachlich nicht gerechtfertigt und daher abzulehnen.
- Die Novelle muss dem EU-Beihilfenrecht entsprechen.
- Zur Klarstellung der Berechnungsmethode für die Förderkontingente muss die Formulierung im Sinne der Rechtssicherheit abgeändert werden.